

---

# Die Kirchen, die Wirtschaft und die Revitalisierung der Werte

*von Sonja Daeniker-Pfister  
Zollikon*

*Redaktion und Gestaltung: Urs C. Reinhardt*

**Juli 1997**

Herausgeber:  
Glaube & Wirtschaft

Interkonneffionelle  
Informationsstelle  
Telefon 031/311 88 78

Hirschengraben 5  
Postfach 6351  
3001 Bern

---

# Die Kirchen, die Wirtschaft und die Revitalisierung der Werte

---

Im Folgenden wird versucht, stichwortartig ein paar wirtschaftliche Begriffe zu kommentieren, die in kirchlichen Medien oft mit Kritik und Misstrauen erwähnt werden. Dies nicht zuletzt im Hinblick auf eine bevorstehende Konsultation der Kirchen, in der es auch um eine «Revitalisierung der moralischen Werte» geht. Die Frage, welche Werte dabei Gewicht erhalten sollen, ist das Hauptanliegen dieser Schrift.

## *Kritik an der Wirtschaft*

Im Vorfeld der Abstimmung zum Arbeitsgesetz veranstaltete die Berner Kirche eine Tagung auf dem Appenberg zum Thema «Kirchliche Ethik und neoliberales Credo». Dort warnten Kirchenleute vor dem Neoliberalismus, den sie offenbar gegenwärtig in der Wirtschaft wahrzunehmen glauben. Dieser wird beschrieben als eine Marktwirtschaft, die möglichst frei von politischen, insbesondere staatlichen Eingriffen ist; man versteht ihn als radikal marktorientierten Kapitalismus mit einem sozial-darwinistischen Paradigma, d.h. einem Darwinismus im gesellschaftlichen Bereich (*survival of the fittest* – das Recht des Stärkeren). Der «Bund» (21.9.96) zitierte scharfe Worte, u.a. des bernischen Synodalrates Michael Dähler: «Die Ideologie, die hinter dem Neoliberalismus steckt, ist diabolisch, menschenverachtend, frauenfeindlich, ungerecht – von Seiten der Kirchen ist absoluter Widerstand geboten.» Der Pfarrer und Sozialethiker Helmut Kaiser beschrieb den Neoliberalismus als tödlich und zitierte Aussagen des Weltkirchenrates (OeRK) in Vancouver 1983: «Die Maschinerie der vorherrschenden wirtschaftlichen Ordnung macht jedes Jahr Millionen von Menschen arbeitslos.» Als Zwischenbemerkung sei daran erinnert, dass der OeRK noch 1987 mit voller Zustimmung der Schweizer Delegierten Empfehlungen verabschiedete, in denen ein *vollständig neues Wertesystem* gefordert wurde. Zum Beispiel sollten «*Multinationale*» bekämpft und die *strukturellen Gründe der weltwirtschaftlichen*

---

*Fehlentwicklung* erforscht werden mit Hilfe von *Zeugen* aus Ländern des Südens und aus *Osteuropa*. Seither haben sich diese Zeugen der Marktwirtschaft zugewandt, und auch in der Landeskirche ist bekanntgeworden, wie sehr der OeRK vor der Wende von Vertretern der Sowjetpolitik beeinflusst war. Aussagen von damals in bezug auf die Wirtschaftsordnung dürften heute durchaus mit Skepsis aufgenommen werden.

Derselbe Artikel im «Bund» zitierte Lukas Schwyn, Leiter des Amts für Arbeit und Wirtschaft der evangelischen Kirche Bern-Jura: «Die Kirche hat Aufklärungsarbeit zu leisten. Sie muss den Leuten sagen, was wirtschaftlich eigentlich abläuft, sie muss die Folgen dieses kruden Kapitalismus, dessen Schattenseiten aufzeigen.»

Viele Leute wissen nicht, was  
«wirtschaftlich eigentlich abläuft».

Unter «Neoliberalismus» verstand man bis vor kurzem genau das Gegenteil. Er galt als Grundlage für das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, indem die Wirtschaftsfreiheit durch staatliche Rahmenbedingungen limitiert wurde.

Die obige Neudefinition wird bei Fachleuten Verwirrung stiften, bei ahnungslosen Zuhörern aber den Eindruck erwecken, als hätten wir uns schon von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet. Damit wird unnötig Angst und Misstrauen gesät, denn entgegen allen Behauptungen hat bisher nicht nur *kein Sozialabbau* stattgefunden, sondern es sind seit 1990 sogar 15 weitere Ausbauschritte vollzogen worden (AHV-Revision, Leistungsausbau bei der Arbeitslosenversicherung, Freizügigkeit in der beruflichen Vorsorge etc.). Allerdings kann es so nicht weitergehen, denn wer sich auch um die Zukunft sorgt, muss sich fragen, ob sieben weitere Schritte, die gegenwärtig gefordert werden (u.a. die Mutterschaftsversicherung), für die Arbeitgeber tragbar sind. Ob stattdessen der Bund die Kosten übernehmen könnte, ist ebenfalls fraglich angesichts der angehäuften Schuldenlast: über *90 Milliarden*! Jeden Tag müssen 12 Millionen Schuldzinsen bezahlt werden!

Es ist richtig, dass sehr viele Leute nicht wissen, was «wirtschaftlich eigentlich abläuft». Gerade die Analyse nach der Abstimmung zum Arbeitsgesetz hat gezeigt, dass die Ablehnung stark mitbestimmt wurde durch «emotionale» Haltungen, bei oft geringen Kenntnissen der Details. Viele liessen sich beeindrucken durch Plakate und Spruchbänder mit der Warnung «Das neue Arbeitsgesetz macht den Sonntag zum Werktag», ja, sie gingen vielleicht sogar extra deswegen an die Urne. Sie wussten nicht, dass dieses Gesetz keinen einzigen Sonntag ent-



---

weiht hätte. In dieser Sache bestimmen ja die Kantone, und es ging lediglich um die Doppelspurigkeit einer Bewilligung, die der Bund zusätzlich erteilen muss. Sie wussten nichts über die Schutzbestimmungen, die das Gesetz auch noch gebracht hätte und darüber, dass unser Nachtarbeitsverbot für Frauen gegen die Gleichberechtigung verstösst (wie auch der Europäische Gerichtshof inzwischen entschieden hat).

Die Ablehnung der Vorlage ändert zwar nichts daran, dass die Kinder an vielen Orten auch in Zukunft an Sonntagen nicht zur Sonntagsschule gehen können, da diese fast ausschliesslich an Werktagen stattfindet. Aber wie beim Arbeitsgesetz vor allem die einfachen Schlagworte wirkten, so ist bei manchen gutgläubigen Kirchengliedern auch von den reichlich komplizierten Theorien über Neoliberalismus etc. vor allem ein Misstrauen gegenüber der «Wirtschaft», dem «Markt», der «Marktwirtschaft» geblieben. Unwillkürlich erinnert man sich an die Karikaturen aus entwicklungspolitischen Blättern: Dicke, schwarzgekleidete Herren mit Zigarre und Aktenköfferchen. Sie sind reich, mächtig, ungerecht und unehrlich. Solchen «Herren» fühlen sich gutgläubige Christen hilflos ausgeliefert, wenn sie im Kirchenblatt immer wieder traurige Beispiele von Armen und Arbeitslosen miterleben und dazu den immer wiederkehrenden Satz lesen: «Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer.» Davon, dass die Armen nicht ärmer werden, *weil* es Reiche gibt, soll später die Rede sein.

Die Kirchen können einen grossen Beitrag leisten, wenn sie einen Geist der Zuversicht und Mut zu Neuem vermitteln.

Wir leben in einer schwierigen Zeit. Die Kirchen könnten einen grossen Beitrag leisten, wenn sie einen Geist der Zuversicht und Mut zu Neuem vermitteln würden statt Misstrauen zu schüren. Bestimmt verkünden solche Zuversicht viele Pfarrer von der Kanzel, aber in den kirchlichen Medien merkt man wenig davon, denn diese werden sehr stark mitbeeinflusst von den Theorien und Empfehlungen einer kleinen Zahl von Sozialethikern und Beauftragten im Bereich der Entwicklungshilfe. Ob es nun die Kirchen sind, die Aufklärung leisten müssen über wirtschaftliche Zusammenhänge und nicht eher die Schulen, scheint fraglich. Sicher wäre es gut, wenn nicht nur Kirchenglieder, sondern alle im Land sich damit auseinandersetzen würden, «was wirtschaftlich eigentlich abläuft».<sup>(\*)</sup>

<sup>(\*)</sup> Es existieren dazu eine ganze Menge leichtfasslicher Schriften und Materialien. Information darüber erhält man z.B. bei «Jugend und Wirtschaft» in Thalwil. Tel: 01 / 721 21 11.

---

### *Wer ist denn die «verantwortungslose» Wirtschaft?*

*Wirtschaft* wird definiert als *zielgerichtete Tätigkeit sowie alle damit verbundenen Einrichtungen zur Erzeugung, Verteilung und Verwendung von Gütern*. Wir alle sind Teil der Wirtschaft, und alles, was wir mit oder ohne Bezahlung tun, um unseren Lebensunterhalt zu sichern, gehört zur Wirtschaft und beeinflusst sie.

Ökumenische Frauenorganisationen folgen einer eigenen Logik, wenn sie eine «Weiberwirtschaft» fordern, da, wie sie sagen, das herrschende Wirtschaftssystem auf die geldverdienenden Männer ausgerichtet sei und die Frauen praktisch ausschliesse. Aber nicht nur das, was im Bruttosozialprodukt (BSP) erscheint, zählt zur Wirtschaft. Auch Nichterwerbstätige spielen darin eine wichtige Rolle, indem sie Kinder haben, haushalten, einkaufen. 90 % der Haushaltsausgaben gehen durch die Hände der Frauen. Verbraucher, Lernende, Lehrende, Rentner – alle gehören dazu. Auch die Kirchen bilden übrigens einen beachtlichen Wirtschaftsfaktor.

### *Und wie ist das mit dem «unmoralischen» Markt?*

Der Markt an sich ist weder moralisch noch sozial, hat Richard von Weizsäcker gesagt. Das stimmt – und ebensowenig ist der Markt an sich weder unmoralisch noch unsozial. Nur Menschen in tropischen Paradiesen, die sich von wild wachsenden Früchten eigenhändig und ausreichend ernähren können, kommen ohne Markt aus. Schon der Höhlenbewohner, der einen Überschuss an leicht verderblichem Fleisch eines erlegten Rentiers hatte, hat wohl versucht, diesen gegen Beeren oder gegen Werkzeug einzutauschen. Wie das Tauschverhältnis ausfiel, hing einerseits von der Knappheit der Beeren und des Fleisches ab, andererseits von den Überlegungen der Tauschpartner, die ja auch später wieder einmal auf einen fairen Handel angewiesen sein würden.

Versuche, den Markt auszuschliessen, sind gründlich misslungen. Sogar in Kuba, dem letzten zentralwirtschaftlich verwalteten Paradies, floriert der Markt – schwarz, mit Gütern, die dem Staat gestohlen wurden.

Solche neutralen Begriffe von Wirtschaft und Markt waren wohl nicht gemeint mit der kirchlichen Kritik. Gemeint ist eher unser System der Marktwirtschaft. Diese steht im Dienste des Menschen. Sie hat also inhärente Rücksichtspflichten, wobei zu bedenken ist, dass diese Rücksichten nicht gegen die Marktgesetze durchsetzbar sind. Gemeint waren wohl auch Dinge wie die Globalisierung, Fehlentscheide von Unternehmern, Shareholder-Value usw.



---

## *Die Globalisierung*

Die Wirtschaft befindet sich in einem weltweiten Umbruch. Die Globalisierung hat schon längst begonnen und lässt sich nicht rückgängig machen. Man kann nicht mehr nur in lokalen Dimensionen und kurzfristig denken. Täglich lesen wir über die bestehende und wachsende weltweite Vernetzung, die rasante Entwicklung in der Technologie, vor allem in der Kommunikation. Die Arbeitsteilung ist weltweit geworden. Distanzen verschwinden, und Firmen werden zu raschem Handeln und zum Schritthalten gezwungen, nicht nur mit Konkurrenten im eigenen Land, sondern weltweit. Die Globalisierung bringt Vorteile, hier und anderswo – und sie bringt auch Nachteile. Beide betreffen nicht nur grosse Firmen, sondern auch Kleinunternehmen, die von grossen Firmen oder eben ganz allgemein von der Wirtschaftslage abhängen. Etwa 85 % aller Betriebe in der Schweiz beschäftigen ja weniger als zehn Arbeitnehmer, und 1995 zählten nicht weniger als 99,6 % der Betriebe zu den KMU (kleine und mittlere Unternehmen), d.h. sie hatten weniger als 250 Vollzeitbeschäftigte.

Gelegentlich hört man, Schweizer Firmen würden auch in andern Ländern ihre Niederlassungen beliebig wechseln, wenn kein grosser Gewinn mehr lockt. Aber gerade grosse Firmen, für die jede neue Niederlassung eine lange Planung und einen beträchtlichen Aufwand an Kapital und Ausbildung von Fachkräften bedeutet, brechen ein solches Unternehmen höchstens dann ab, wenn die politischen Zustände in einem Land dies als unumgänglich erscheinen lassen. Eine Studie der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) hat übrigens ergeben, dass die «Multis» ihre soziale Verantwortung im Ausland überdurchschnittlich wahrnehmen.

### *«Fehlleistungen» von Unternehmen*

Fehler und Fehleinschätzungen passierten und passieren auch in der Wirtschaft, wie überhaupt überall dort, wo man nicht alle Faktoren kennen und daher den Gang der Dinge nicht voraussagen kann. Wer sich etwa in den vergangenen Jahrzehnten mit Entwicklungshilfe in der 3. Welt befasst hat, weiss, wie oft Projekte versagt haben oder sogar kontraproduktiv waren, obwohl da uneigennützige Menschen und Organisationen nur «helfen» wollten.

Wenn eine Firma «den Zug verpasst», nicht zur richtigen Zeit auf neue Produkte umstellt und neue Märkte erschliesst oder wenn sie die zukünftige Entwicklung falsch beurteilt, so wirken sich Bestellungsrückgänge oder gar ein Konkurs nicht

---

nur auf diese Firma und deren Angestellte aus, sondern zudem auf Zulieferfirmen, Handwerksbetriebe, auf Steuereingänge, die Arbeitslosenkassen usw. Ebenso wie Entwicklungshelfer und Politiker dürfen auch Unternehmer nicht immer ihren vielleicht gutherzigen momentanen Impulsen folgen, sondern müssen die möglichen Folgen abzuwägen versuchen. Auch sie sind sich dabei nicht immer einig. Im nachhinein und in der Theorie ist man immer klüger.

### *Der Shareholder-Value*

Letztes Jahr gab es in der Schweiz grosse Auseinandersetzungen über den *Shareholder-Value*, den Nutzen der Aktionäre, gegenüber dem *Stakeholder-Value*, dem Nutzen anderer Anspruchsgruppen wie etwa demjenigen der Arbeitnehmer, Kunden, Lieferanten, des Gemeinwesens, des Umweltschutzes usw. Beide hängen eng zusammen. Unternehmer müssen sowohl das Wohl der Angestellten wie die Interessen der Aktionäre im Auge behalten.

Die «*Shareholder*», die Aktienbesitzer, sind Geldgeber einer Firma. Sie haben daran einen Anteil (engl. share), d.h. sie nehmen teil am Wohlergehen und auch an der Unbill des Unternehmens. Die Dividenden, die jährlichen Auszahlungen an die Aktionäre, betragen in der Schweiz nur etwa 1 % des Aktienwertes. Geht es der Firma schlecht, so fallen die Dividenden ganz weg. Verlieren die Aktionäre das Vertrauen und verkaufen viele von ihnen ihre Aktien, so sinkt der Kurs, d.h. die Aktien verlieren an Wert.

Alle, die in einer Pensionskasse sind,  
sind indirekt auch Shareholder  
(Aktionäre).

Wer vor fünf Jahren z.B. Ciba-Aktien kaufte, hat sehr viel mehr verdient als wenn er das Geld auf ein Sparbüchlein gelegt oder Obligationen gekauft hätte. Wer aber Aktien der Papierfabrik Biber kaufte, die noch 1995 empfohlen wurden, hat heute genau so viel wie die Stakeholder, nämlich *gar nichts*, da die Firma nicht mehr existiert. Alle, die in einer Pensionskasse sind, sind aber indirekt auch Shareholder. Die Pensionskassen in der Schweiz müssen jeden Tag 10 Millionen Franken anlegen! Wenn die Zinsen sehr tief sind, können sie eventuell mit Obligationenkäufen nicht einmal mit der Inflation Schritt halten. Sie kaufen also möglichst gute Aktien, und kein zukünftiger Rentner wird böse sein, wenn das Kapital seiner Pensionskasse werterhaltend verwaltet wird.



---

Auf die Aktienwerte wirken jedoch noch viele weitere Einflüsse in einem Markt, wo Geldströme weltweit fließen: Zinsschwankungen, Währungsunterschiede, sogar Analystenurteile, um nur einige zu nennen. Prognosen sind schwierig und unsicher.

Die *«Stakeholder»*: Jede Firma hat Interesse an gut ausgebildeten und loyalen Mitarbeitern. Wenn diese in einem angenehmen Arbeitsklima tätig sein können, so besteht die Gewähr, dass gute Produkte fabriziert werden, wenig Abfall entsteht, keine Nachlässigkeit in der Einhaltung der Umweltvorschriften stattfindet. Viele Arbeitnehmer sehen nur den Lohn, den sie nach Hause tragen. Sie geben sich nicht Rechenschaft darüber, dass ihre Firma für jeweils 100 Franken Lohn noch bis zu 50 Franken Lohnnebenkosten bezahlt, begonnen bei den Arbeitgeberbeiträgen an Versicherungen, über Lohnfortzahlungen bei Krankheit/Unfall/ Militärdienst, bis hin zu bezahlten Ferien und Feiertagen u.a.m.

Umstrukturierungen in Firmen werden nicht einfach *«den Shareholdern zuliebe»* vorgenommen, sondern im Hinblick auf das Überleben und die Konkurrenzfähigkeit in einem weltweiten Markt. So hat z.B. nicht nur Ciba umstrukturiert (Fusion mit Sandoz zu Novartis), sondern auch die erwähnte Firma Biber. Wie sich solches auf die Aktien und auf das Wohlergehen der Firma langfristig auswirken wird, hängt von vielen, nicht zuletzt auch von überstaatlichen Faktoren ab. Wenn man den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Shareholdern und Stakeholdern heraufbeschwört, so erreicht man nichts, lenkt nur ab von wirklichen Problemen, die gelöst werden sollten. Manche Firmen machen ihre Stakeholder (Mitarbeiter) zu Shareholdern (Aktienbesitzern). Das stärkt das Interesse der Arbeitnehmer am Geschäftsgang. Gegen Umstrukturierungen und Arbeitsabbau ist man dennoch nicht gefeit, wie sich z.B. bei General Electric (USA) zeigte, wo sich Arbeitnehmervvertretungen und auch Gewerkschaftsführer im kritischen Moment weniger um Entlassungen als um Kursverluste sorgten. In den USA zum Beispiel machen auch (firmenexterne) Pensionskassen ihre Shareholder-Interessen deutlich geltend.

### *Ein Recht auf Arbeit?*

*«Bei uns gibt es keine Arbeitslosen. Arbeit gibt es immer»*, erklärte eine Reiseleiterin in Ägypten. Nach weiteren Fragen erfuhren die erstaunten Touristen, dass es sehr wohl Stellenlose, aber keine Arbeitslosenunterstützung gibt. In vielen Ländern rechnet man jedoch gar nicht erst mit dem Staat. Man hält sich über



---

Wasser, so gut man kann, und hilft sich im Familienkreis, wo man kann. Das gilt sowohl für Arme in Nordafrika wie für stellenlose Kaderleute in Brasilien.

In den USA, wo man nur während einiger Monate gegen Arbeitslosigkeit versichert ist, ist man eher bereit, irgendeinen untergeordneten Job auf einem völlig neuen Gebiet anzunehmen. Da dies hier als unzumutbar betrachtet wird, kann die Arbeitslosigkeit, unterbrochen von Umschulungs- und Arbeitsprogrammen, lange dauern. Das ist hart für die Betroffenen. Es fragt sich, ob das Selbstwertgefühl nicht stärker leidet, wenn man hundert Absagen aus der eigenen Branche bekommt, als wenn man sich zwischenhinein als Kellner oder Fensterputzer verdingt.

In den USA, wo man sich an Stellenverluste und Konkurse eher gewöhnt ist, bedeuten solche keinen Makel. Leute werden leichter entlassen, aber auch unbekümmerter wieder eingestellt. Hier überlegt sich ein Arbeitgeber gut, ob er unter mehreren Bewerbern ausgerechnet denjenigen eine Chance geben will, welche seit langem arbeitslos sind und offenbar schon viele Absagen hatten.

Auch die besonders entmutigende Situation älterer Arbeitsloser muss grundsätzlich überdacht werden. Wenn keine versicherungs- und lohnbedingte Schwellen im Wege stehen, müsste auch von Arbeitgeberseite mehr Flexibilität erwartet werden können. Frauen fällt Arbeitslosigkeit oft leichter, weil sie den Wert der unbezahlten Arbeit aus Erfahrung kennen. Männer könnten ihn nach einigen Monaten z.B. freiwilligen Behindertenfahrdienstes ebenfalls erlassen.

*«Jedermann muss die Möglichkeit haben, seinen Lebensunterhalt durch eine frei übernommene Tätigkeit zu verdienen»*, steht unter Punkt eins in der (von der Schweiz nicht ratifizierten) Europäischen Sozialcharta. Das könnte dahingehend interpretiert werden, dass niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, sondern seinen Verdienst so gestalten kann, wie er will. In Kombination mit dem Recht auf soziale Sicherung wird aber mit diesem *Recht auf Arbeit* wohl eher erwartet, dass jedem eine Verdienstmöglichkeit *nach seiner Wahl geboten* werden sollte.

### *Die «Pflicht» der Arbeitgeber. Wer sind diese eigentlich?*

Es gibt auch hier, wenn auch weniger als anderswo, immer wieder Leute, die den Mut haben, eine selbständige Erwerbstätigkeit zu beginnen. Wer damit Erfolg hat, wird Mitarbeiter anstellen – und schon ist er Arbeitgeber. Wenn seine Firma sich vergrößert, so nimmt er zudem einen beträchtlichen administrativen Aufwand auf sich, um allen staatlichen Regelungen gerecht zu werden. Gilt er jetzt als Wohltäter, der Arbeitsplätze schafft, oder kommt bald einmal der Moment, da

---

ihn manche Leute als Misstrauen erweckenden Reichen sehen? Macht er Entscheidungsfehler oder werden aus irgendeinem Grund seine Produkte oder seine Dienste weniger gefragt, so muss er Leute, vorübergehend oder endgültig, wieder entlassen. Wird ihm nun zugute gehalten, dass dank seinem Mut und seiner Schaffenskraft immerhin über längere Zeit Arbeitsplätze existierten – oder wird er lediglich dafür verurteilt, dass sie wieder verloren gingen? Alle Arbeitsplätze mussten zuerst einmal geschaffen werden, bevor sie verloren gehen konnten – das ist nicht selbstverständlich.

### *Umverteilung der Arbeit?*

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund plant gegenwärtig eine Volksinitiative, welche eine Arbeitszeitreduktion auf 37 Wochenstunden ohne Lohnkürzung verlangt. Das tönt menschenfreundlich, weil dadurch «die Arbeit auf mehr Hände verteilt werde». *Arbeit ist jedoch keine fixe Grösse*, sondern das Volumen schwankt – je nach Konjunktur, Branche, Firma. Wer sich erinnert, dass es vor weniger als 50 Jahren manchenorts tabu war, dass eine verheiratete Frau erwerbstätig war, wenn ihr Mann genügend verdiente, um die Familie zu ernähren, der weiss auch, dass die *Zahl der Stellensuchenden* ebenfalls keine *fixe Grösse* ist. Zwischen 1993 und 1996 ist die Zahl der Erwerbstätigen fast gleichgeblieben, während die Zahl der Arbeitssuchenden merklich zugenommen hat (speziell von Frauen und Ausländern).

Wenn Arbeitslosigkeit vermindert werden soll durch Umverteilung der Arbeit, so muss dies kostenneutral sein, denn die Konkurrenzfähigkeit einer Firma hängt sehr stark ab von den Arbeitskosten, d.h. der Summe der Lohn- und Lohnnebenkosten. Diese stehen in der Schweiz an zweithöchster Stelle, nach Deutschland, aber vor den USA, Frankreich, Schweden usw. Wenn die Arbeitskosten so hoch werden, dass Firmen nicht mehr konkurrenzfähig sind, müssen sie rationalisieren, automatisieren, Arbeitsplätze ins Ausland verlagern – und Leute entlassen.

### *Wege aus der Krise*

In der Schrift «Die Zukunft der sozialen Sicherheit»<sup>(\*)</sup> befassen sich Sozialethiker mit der Zukunft unseres Sozialsystems. Für sie ist die Finanzierbarkeit des

---

(\*) Schweizerische Nationalkommission *Justitia et Pax* und Institut für Sozialethik des SEK. NZN Buchverlag, 1997.



---

Sozialstaates «keine blosse Frage der Buchhaltung, sondern vor allem eine Frage des politischen Willens». Sie nennen Zahlen über die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz und betonen die Unterschiede.

*Die Reichen werden reicher:* Natürlich ist es stossend und sollte nicht vorkommen, dass bei Verantwortlichen in einer Firma Spitzengehälter und Tantiemen erhöht werden, wenn das Geschäftsergebnis sinkt und sogar Entlassungen notwendig sind. In den USA hat dies in den letzten Jahren zu ändern begonnen, indem Manager auch Rückschläge mittragen müssen.

Besitzer guter Aktien werden tatsächlich reicher, wenn die Börse steigt, denn der «Kuchen» wird grösser. Auf die «Armen» hat dies nur insofern einen Einfluss als die Hauptlast der Steuern von den «Reichen» getragen wird, als also mit dem Staat auch alle Einwohner von höheren Steuereinnahmen profitieren. In Zollikon bei Zürich bezahlen 10 % der Steuerzahler 90 % der Steuern (von denen dank dem Finanzausgleich auch andere Gemeinden profitieren). Jeder dritte Steuerzahler in dieser «reichen» Gemeinde bezahlt aber weniger als 500 Franken im Jahr. Sowohl diese 33 % wie die 57 % der «mittelständischen» Zolliker, aber auch der Kanton und der Bund würden wohl Abraham Lincoln beipflichten, der sagte: «Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt.» Liegenschaftswerte werden als Vermögen und Eigenmietwerte als «Einkommen» versteuert. Nach einer Neueinschätzung von Liegenschaften kann der Besitzer eines Häuschens plötzlich sehr viel reicher sein, obwohl er keinen Rappen mehr verdient oder im Sparstrumpf hat.

*Die Armen werden ärmer:* Die Autoren der Schrift erwähnen selbst, dass es sich nicht um Armut früherer Zeiten handelt, sondern dass es darum geht, dass viele nicht die heute üblichen Annehmlichkeiten geniessen können. Die Armutsschwelle kann verschieden angesetzt werden. Im Vergleich zu früher wurde der Armutsbegriff ausgeweitet und umschliesst mit der *neuen Armut*, definiert durch Einkommen, welche *weniger als die Hälfte des Durchschnittlohnes* betragen, auch Studenten, Selbstversorger und manche, die sich vielleicht gar nicht geschmeichelt fühlen, wenn man sie als arm bezeichnet.

Die Autoren machen aber keine solchen Differenzierungen. Ihnen geht es um «Verteilungsgerechtigkeit». Da soziale Gerechtigkeit eine «Frage des politischen Willens» sei, bedinge dies «eine grössere Bereitschaft der Wohlhabenden, Opfer zu bringen». Der Sozialstaat könne und solle eher noch ausgebaut werden.

Die Schrift der Sozialethiker liest sich wie eine Vorarbeit zu einer Aktion, welche die Kirchen gegenwärtig planen.

## Die Konsultation der Kirchen

Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK und die Bischofskonferenz gedenken ab 1998 eine Konsultation zur sozialen und wirtschaftlichen Zukunft der Schweiz durchzuführen. Neben einer Revitalisierung der Wirtschaft brauche es eine «Revitalisierung der moralischen Werte», heisst es. Allgemeines Kopfnicken! In «*Zwischen Gut und Böse*» schreibt der Philosoph Ekkehard Martens<sup>(\*)</sup>, eine theoretische Wirtschaftsethik bliebe folgenlos ohne mögliche Orte einer praktischen Wirtschaftsmoral. Er nennt als primären Ort die *Individualmoral*, angefangen vom Wirtschaftspolitiker über die Unternehmensangehörigen bis hin zum Verkäufer und Endverbraucher. Der zweite Ort ist die *Führungsmoral* der Unternehmensziele, der Arbeits- und Marketingorganisation sowie des Führungsverhaltens gegenüber den Mitarbeitern, auch die Selbstführung der Personen. Drittens ist von allen Beteiligten eines Unternehmens eine *Arbeitsmoral* vonnöten, neben Pflichterfüllung und Fairness gegenüber anderen auch die Forderung, nicht insgeheim durch egoistisches Verhalten dem Firmenwohl zu schaden. Und viertens nennt Martens die *Produktmoral*, eine von allen Beteiligten ethisch verantwortbare Produktgestaltung.

Wenn der einen Seite schon vor dem Gespräch der Schwarze Peter zugeschoben wird, so ist kein echter Konsens zwischen allen Kirchengliedern zu erwarten.

Vorderhand fehlt im Projekt der Konsultation diese umfassende Sicht. In der diesbezüglichen Ankündigung im Kirchenboten des Kantons Zürich (1.10.96) hiess es, *Wirtschaftsunternehmen würden sich ihrer Verantwortung entziehen*. Grundlegende soziale und ökologische Ziele seien durch Deregulierungen gefährdet. Es sollten Wege zu einem «neuen sozialen Konsens» geebnet werden. Alle Kirchenglieder sind eingeladen zur Teilnahme, doch lassen die federführenden Sozialethiker durchblicken, dass der Prozess «bei aller Offenheit zielgerichtet ist», dass «gewissen Kreisen auf die Füsse getreten werden soll». Im Einführungsreferat an einer Impulstagung erklärte Carlo Knoepfel, Mitglied der Redaktionsgruppe: «*Die Schweiz braucht eine Erneuerung ihres Gesellschaftsvertrags. Wir müssen über die Kernelemente einer solchen Erneuerung nachdenken, ohne dem erpresserischen Diskurs neoliberaler Provenienz auf den Leim zu kriechen.*»

(\*) Ekkehard Martens. *Zwischen Gut und Böse*, Reclam, Stuttgart, 1997.



---

Wenn der einen Seite schon *vor* dem Gespräch der schwarze Peter zugeschoben wird, so ist kein echter Konsens zwischen allen Kirchengliedern zu erwarten. Eher werden Gräben noch vertieft und Neid und Ängste geschürt. Wenn man zudem noch mit visionären Gesellschaftsmodellen wie etwa demjenigen von Prof. Hans Ruh (siehe S.14) Hoffnungen weckt, ohne auch praktische, *politisch durchführbare* Realisierungsansätze aufzeigen *und* in die Wege leiten zu können, so weckt man Begeisterung, obwohl die Enttäuschung schon abzusehen ist. Danach kann man «der Wirtschaft» und «den Politikern» Vorwürfe machen, weil sie diese Modelle nicht realisierten (gar nicht realisieren konnten). Die sachlich fundierte Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte inkl. Kirchen ist sinnvoll und notwendig. Um aber einen echten Konsens zu erreichen, sollen alle Gesprächspartner gleichermaßen ernst genommen werden.

### *Unsere Gesellschaft – gestern und heute*

Auch Zwingli und andere Reformatoren bezweckten eine «Revitalisierung von Werten». Es ging ihnen nicht um eine Spaltung der Kirche, sondern um Reformen, wie sie schon früher immer wieder stattgefunden hatten, um eine Rückkehr zu Glaubenstreue, Fleiss und Rechtschaffenheit in einer Zeit, wo Sittenlosigkeit sowie Verschwendung einerseits und das Bettelwesen andererseits überhand genommen hatten. Damals waren Staat und Kirche eng verbunden, und strenge Mandate änderten die Zustände sehr rasch. Betteln wurde verboten. Wer Hilfe brauchte, bekam sie, aber nur bei unverschuldeter Notlage. Wer faul war, schöne Kleider und Schmuck trug oder am Sonntag nicht zur Kirche ging, galt nicht als unterstützungswürdig. Strengen Kleidermandaten unterstanden aber auch Reiche. Damit wurde Neid vermieden, und man musste sich anderswie profilieren – durch Fleiss und Hilfsbereitschaft. Da infolge der bescheidenen Lebensweise auch der Konsum beschränkt war, wurden für die hergestellten schönen Textilien und anderes Absatzmärkte im Ausland gesucht. Dieser zwinglianische Geist hat Zürich für Jahrhunderte Wohlstand gebracht.

Heute sind Reformen wie zu Zeiten Zwinglis weder möglich noch stehen sie zur Diskussion. Vorschriften über unsere Garderobe oder den sonntäglichen Kirchenbesuch liessen wir uns schon gar nicht machen. Unser Fürsorgesystem gewährt dieselbe Unterstützung für jene, welche Zeit ihres Lebens gespart, wie für jene, welche jahrelang im Überfluss gelebt haben. Von *selbstverschuldeter* Armut zu sprechen, wäre überhaupt nicht PC (politically correct – politisch korrekt).

---

Verändert hat sich aber noch anderes, z.B. die Sozialstrukturen, in welchen traditionelle Familien nicht mehr selbstverständlich sind. Immer mehr Haushalte bestehen aus älteren Alleinstehenden, Geschiedenen, Einelternfamilien usw. Infolge der Mobilität fehlen oft informelle familiäre Hilfsnetze. Nachbarschaftshilfe wird ebenfalls rarer, da Hausmänner und Hausfrauen in den Beruf zurückstreben, sobald sie daheim nicht mehr voll ausgelastet sind. Das Leben wird «ökonomisiert», alles muss bezahlt werden, von der Kinderbetreuung bis zu Botengängen für Betagte.

Verantwortung für den Staat tragen alle seine Glieder.

Mit der zunehmenden *Individualisierung* wird immer weniger erwartet, dass Familienmitglieder füreinander verantwortlich sind. Verantwortung für die soziale Sicherheit soll der Staat tragen. Das wäre eine durchaus liberale Idee, wenn auch das Umgekehrte gelten würde: Verantwortung für den Staat tragen alle seine Glieder. Das ist aber keineswegs selbstverständlich.

Durch die Individualisierung nimmt die *Sozialkontrolle* ab. Im überblickbaren Bereich der Familie oder des Dorfes gab es nicht nur die gegenseitige Hilfe, sondern auch die gegenseitige Kontrolle. Geachtet wurde, wer sich um Selbständigkeit bemühte, Anstand wahrte, seinen Pflichten der Familie und Allgemeinheit gegenüber nachkam. Selbstdisziplin und Selbstverantwortung waren unumgänglich, wenn man wusste, dass der Vater oder die Geschwister nicht bezahlen wollten oder konnten für Kosten, die man selbst erarbeiten konnte oder mutwillig verursachte. Heute haben wir die Alimentenbevorschussung, und es gibt eine geregelte staatliche Fürsorge. Zwar besteht noch die Verwandtenunterstützungspflicht, doch diese wird wenig geschätzt und selten eingefordert. Sozialarbeiter haben zuwenig Zeit, um Verwandtschaftsverhältnisse abzuklären *und* auch noch das Gespräch mit den zahlungsfähigen Unterstützungspflichtigen durchzustehen. Eltern sind unwillig, wenn sie Therapien, Lehrgänge und Unterstützung bezahlen müssen in Fällen, die sie selbst anders und strenger gehandhabt hätten. Und Junge lassen sich lieber durch den Staat unterstützen als von den Eltern, deren Rat sie nicht befolgt haben und vor denen sie sich nun verantworten müssten.

Dem Staat gegenüber fühlt man sich ganz allgemein weniger oder kaum verantwortlich. In verstärktem Masse gilt dies für Zuzüger aus anderen Kulturkreisen. Sind sie eng an ihren Clan oder ihre Familie gebunden, so tun sie alles für diese, schicken sogar einen Teil der Fürsorge- oder der Arbeitslosengelder heim. Kom-



---

men sie aus einem vormals kommunistischen Land, so möchten sie nun endlich teilhaben am Wohlstand des «goldenen Westens». In beiden Fällen fehlt ihnen eine Tradition der Verantwortung dem Staate gegenüber. Es wird lediglich und gerne zur Kenntnis genommen, dass man hier ein Anrecht auf Hilfen hat, die zuhause nicht erhältlich wären.

Seit in den siebziger Jahren auch in Kirchenkreisen der «*Abbau der Leistungsgesellschaft*» zum Slogan wurde, ist die Verkündigung des *Arbeitsethos* kaum mehr ein Thema, jedenfalls nicht in den kirchlichen Medien. Sozialethiker wie etwa Prof. Hans Ruh gehen soweit, dass sie im Zusammenhang mit einem neuen Arbeitsmodell vorschlagen, ab 18 Jahren sollten alle monatlich 1500 Franken bekommen, ohne Arbeitsverpflichtung, abgesehen von einem 2-3jährigen Sozialdienst, verteilt über das ganze Leben. Wer sich mit 1500 Franken begnüge, würde auch weniger Ressourcen und Krankenkosten brauchen.

### *Die Revitalisierung der moralischen Werte*

Gemäss Ankündigung der Konsultation der Kirchen soll es bei der erstrebten Revitalisierung der moralischen Werte um «*Solidarität und Gerechtigkeit*» gehen. In der erwähnten Publikation der Sozialethiker geht es dabei um eine *Verteilungsgerechtigkeit*, die eine «grössere Bereitschaft der Wohlhabenden bedingt, Opfer zu bringen». Auf das Stichwort «moralische Werte» nennen jedoch Befragte spontan vielmehr *Ehrlichkeit, Treue, Selbstverantwortung, Einsteher für andere* usw.

Bezogen auf die vier erwähnten Orte der Wirtschaftsmoral wären die Kirchen beim ersten und dritten, bei der Individualmoral und der Arbeitsmoral, ganz direkt gefordert. Ihnen, die ja Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermassen einschliessen, könnte hier eine ganz besondere Rolle zukommen, eine, die ihnen weder der Staat noch politische Parteien oder Gewerkschaften, nicht einmal die Schulen und die oft wertunsicheren Eltern abnehmen können. Es geht dabei gar nicht um die Frage, ob Kirchen Politik machen sollen, sondern darum, wie sie den Menschen und dem Gemeinwohl am besten dienen können.

Paulus hat z.B. aus der Nächstenliebe auch die Arbeitspflicht hergeleitet. Er ermahnte die Thessalonicher, «*mit ihren Händen zu arbeiten, damit sie wohl-anständig wandeln gegenüber denen, die draussen seien und nichts bedürfen*» (1.Thess 4.9–11) und «*Wenn jemand nicht arbeiten will, soll er auch nicht essen*» (2.Thess 3,10). An einer Tagung erklärte denn auch Pater Albert Ziegler (Zürich), in den vergangenen Jahrzehnten seien viele Menschen zuwenig gefor-

---

dert worden. Sie hätten gar nie erfahren, zu wieviel mehr sie fähig wären: *«Der Mensch kann aber seine eigenen Kräfte nur entfalten, wenn er sie betätigt. Darum ist es unanständig und würdelos, ihm das abzunehmen, was er selber zu tun imstande ist und was er selber tun muss, um seine Kräfte zu entfalten und dadurch sich selber zu verwirklichen.»*

### *Welche Werte?*

Hatte der Pfarrer unrecht, welcher erklärte, er hätte seinen Beitrag an die Sozialethik erfüllt, indem er seinen Konfirmanden, manche davon zukünftige Manager, eine ethische, selbstverantwortliche Grundhaltung vermittelt habe? Markt und Wirtschaft sind zwar an sich weder gut noch böse, aber wie der Einzelne sich darin verhält, ist massgebend. Welche Haltung wird sich ein Schüler angewöhnen, wenn es zur Selbstverständlichkeit wird, dass er zwar seinem Banknachbarn niemals ein Heftli klauen würde, aber solche beim Kiosk abräumt? Welche Verantwortung wird ein Jugendlicher später wahrnehmen, wenn ihm Ladendiebstahl zwar fernläge, er aber seinen Freunden lachend erzählt, seine kaputte Kamera hätte er sich von der Diebstahlversicherung ersetzen lassen? Lehrern, Pfarrern und Sozialpädagogen, die selbst die Arbeitslosenkasse länger als nötig in Anspruch genommen und strapaziert haben, wird es schwerfallen, in Unterricht und Erziehung persönliche Redlichkeit und Selbstverantwortung zum Thema zu machen. Leichter ist es, auf «ungerechte Strukturen» hinweisen und den Jungen das Gefühl vermitteln, man könne seiner moralischen Pflicht genügen, indem man sich an politischen Aktionen beteilige.

*Du sollst nicht gelüsten ...* Nicht zuletzt geht es bei den Werten auch um Neid und Neidvermeidung. Begriffe, die, wie Helmut Schoeck<sup>(\*)</sup> beschreibt, Moralphilosophen und Sozialwissenschaftler zunehmend verdrängt haben. Eltern und sogar Lehrer sind zum Beispiel ziemlich hilflos, wenn schon Primarschüler sich gegenseitig plagen oder Mobbing betreiben, weil ein Kind oder eine Gruppe Turnschuhe einer bestimmten Marke trägt oder eben nicht tragen darf. Hier wäre schon bei den Jungen ein Mentalitätswandel zu bewirken, denn Mobbing und Neid sind auch im Wirtschaftsleben ein Problem. Vermutlich wird das Thema im Unterricht diskutiert, und den meisten Pfarrern sind diese traditionellen Werte bestimmt noch ein Anliegen. In den kirchlichen Medien hört und liest man wenig davon. Die Konsultation wäre dafür ein Anlass.

---

<sup>(\*)</sup> Helmut Schoeck. *Der Neid und die Gesellschaft*, Herder, Freiburg im Breisgau, 1973.



---

Den vorher beschriebenen Karikaturen der «reichen Ausbeuter» stehen im Kirchenblatt keine Bilder von «Schmarotzern» gegenüber, die bewusst vom Staat profitieren, ohne zu leisten. Manche stehlen sich aus der Steuerpflicht, sei es durch falsche Deklaration oder durch Schwarzarbeit. Andere schädigen die Gesellschaft, indem sie unnötig Leistungen beanspruchen. Wie sehr sie zu den Ausbeutern gehören, liesse sich errechnen, wenn man alle nicht berechtigten Leistungen von AL, IV, Krankenkasse, Diebstahl- und anderen Versicherungen beziffern könnte, ebenso alle Arbeitsstunden, für die zwar Lohn bezogen, aber keine Arbeit erbracht wurde.

Bei der Revitalisierung der Werte kommt der Kirche eine ganz besondere Rolle zu – eine, die ihr weder der Staat noch die politischen Parteien oder Gewerkschaften, nicht einmal die Schulen abnehmen können.

Moralische Werte, wie die oben erwähnten, kommen auf allen Stufen des Staates und der Wirtschaft zum Tragen. Wenn es den Kirchen gelänge, solche mit ihrer Konsultation zu revitalisieren, so hätten sie mehr zum Aufschwung beigetragen als mit allen Abhandlungen und Empfehlungen zu konkreten politischen Vorlagen. Dann könnten sie ruhig darauf vertrauen, dass Wirtschaftsführer, Politiker, Sozialpartner und andere Organisationen, die sich mit solchen Vorlagen als Fachleute beschäftigen, ethisch verantwortlich urteilen und handeln würden. Mit dem Wiedererwachen des Gefühls für Selbstverantwortung würden auch das Gemeinschaftsgefühl – und die angestrebte Solidarität – sowohl im kleinen Kreis als auch im Staat gestärkt. Frei nach Kennedy würde dann die Frage nicht mehr lauten: *«Was sollten die Wirtschaft und der Staat für mich tun?»*, sondern *«Was kann ich tun für das wirtschaftliche und staatliche Wohlergehen?»*

Mai 1997

Sonja Daeniker

---

## Curriculum vitae

Frau Sonja Daeniker-Pfister (1932), Zollikon ZH, absolvierte nach der Matura das Studium als Übersetzerin an der Universität Genf. Neben und nach der Arbeit als Hausfrau und Mutter (2 Söhne, 1 Tochter) in der Schweiz und den USA Zweitausbildung als Schwerhörigenlehrerin. Über Jahre neben gelegentlicher Tätigkeit als Übersetzerin und Schwerhörigenlehrerin praktische Freiwilligenarbeit, u.a. in Schulen und in einer USA-Nervenheilanstalt. Korrespondentin der «Swiss American Review».

Gründung von Kontakt- und Interessengruppen auf Gemeindeebene für Frauen. Mitglied und Präsidentin der Fürsorgebehörde der Wohngemeinde (1978-1994), Mitglied der Kirchensynode (1983-1995), Tätigkeit im Vorstand (1979-1989) und in der Internationalen Kommission (1974-1995) des Bundes Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF). Mitarbeit bei Projekten für die 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft, u.a. Initiatorin der Studie «Unbezahlt & unbezahlbar» des BSF und der Frauenzentrale Zürich.

Autorin der im September 1995 erschienenen Broschüre «Arbeit – bezahlt, unbezahlt, unbezahlbar?»